

Haushaltsrede 22.01.2020

Michael Servos - SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

das ist meine 8. Haushaltsrede für die SPD-Fraktion. Und inzwischen sind Sie sicherlich bereits gewohnt, dass ich diese Gelegenheit gerne nutze, um nicht über den Haushalt zu sprechen.

Ich könnte Ihnen jetzt jeden einzelnen Euro auflisten, den wir für wichtige und wegweisende Maßnahmen und Projekte für Aachen investieren werden. Ich könnte Ihnen erzählen, warum die Haushaltsbeschlüsse der Koalition richtig und selbstverständlich vollkommen alternativlos sind. Doch ich vermute, dass Sie alle bereits wissen, wie Sie über den vorliegenden Haushaltsplanentwurf abstimmen werden – und das völlig unabhängig davon, was ich Ihnen jetzt in den folgenden 20 Minuten erzählen werde.

Deshalb habe ich für meine letzte Haushaltsrede in dieser Ratsperiode einen etwas anderen Ansatz gewählt.

Herausforderungen

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

seit vielen Jahren gibt es ein fraktionsübergreifendes Unwort in der Politik. Ein Wort, das wir alle meiden, und ein Wort, das in fast keiner politischen Rede genannt wird: das Problem.

Nein, in der Politik gibt es keine Probleme. Es gibt keine schwierigen, keine unlösbaren Aufgaben und auch keine zu komplexen Fragestellungen.

Stattdessen gibt es ... Herausforderungen. Und davon viele. Vor allem in der Kommunalpolitik. Und vor allem in den vergangenen fast sechs Jahren.

Denn eins hat uns diese Ratsperiode deutlicher denn je gezeigt: Egal ob Kriege oder Naturkatastrophen, ob Klimawandel oder blutige Bürgerkriege an den Grenzen Europas – überregionale, nationale und globale Ereignisse haben immer auch Auswirkungen auf unser Leben und auf unsere Stadt. Auswirkungen – und eben Herausforderungen.

Viele dieser Herausforderungen haben uns vor komplexe politische Entscheidungen gestellt.

Entscheidungen, die nicht von einer Person, einer Fraktion oder einer Koalition allein gefällt werden konnten – sondern nur gemeinsam. Nach einem umfassenden, manchmal auch hitzigen Diskurs. Nachdem möglichst viele verschiedene Meinungen, Positionen und Perspektiven ausgetauscht und gehört wurden.

Das war nicht immer einfach. Ganz im Gegenteil. Oft waren die Diskussionen, Beratungen und Verhandlungen langwierig und zäh, viel zu oft frustrierend und hin und wieder geprägt von Missverständnissen und gegenseitigen Vorwürfen.

Wir haben es uns nicht leichtgemacht. Das gilt sowohl innerhalb der Koalition als auch im Verhältnis zwischen Koalition und Opposition.

Und rückblickend war das gut so. Denn jede Diskussion, jedes ausgetauschte Argument und jede weitere Perspektive hat die politische Entscheidungsfindung für unsere Stadt und für die Menschen, die in ihr leben, bereichert und gestärkt.

Dank an Opposition

Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Opposition,

ich weiß, dass Sie oft den Eindruck hatten, es sei völlig egal, was Sie für Einwände vorbringen. Dass unsere Entscheidungen immer schon längst feststanden.

Heute gebe ich gerne offen zu: Das stimmt nicht.

Eine starke und aktive Opposition ist immer eine Herausforderung für eine Ratsmehrheit. Sie haben uns immer wieder dazu gezwungen, unsere Entscheidungen und Beschlüsse, unsere Konzepte und Visionen zu hinterfragen und weiter zu entwickeln. Und durch immer neue Impulse und kritische Nachfragen haben Sie uns nie die Gelegenheit gegeben, uns selbstzufrieden zurückzulehnen.

Gemeinsam haben wir uns in den vergangenen fast sechs Jahren politischen Herausforderungen gestellt und viele davon auch erfolgreich gelöst.

Und dafür – für den gegenseitigen Respekt und auch dafür, dass Sie über fünf Jahre lang ein Stachel in unserem politischen Fleisch waren und dass Sie uns immer wieder herausgefordert haben – dafür möchte ich mich bei Ihnen bedanken.

Dieses Miteinander und diese Art der Zusammenarbeit sind es, die die Politik in und für Aachen so besonders machen.

Engagement gegen Rechts

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie Sie alle wissen, gibt es ein Thema, das wir von Anfang an gemeinsam bearbeitet haben: Die klare Positionierung gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.

Ich bin stolz und dankbar, dass es bei dieser Herausforderung eben keine Opposition und keine Koalition gab.

Dass wir nicht unterschieden haben zwischen konservativ, liberal oder links. Und auch nicht zwischen schwarz, grün, rot, gelb, orange und dem anderen rot.

Dass ein solcher Zusammenhalt aller demokratischer Fraktionen nicht selbstverständlich ist, zeigt ein Blick in viele andere Kommunen. Ich hoffe sehr, dass wir dieses gemeinsame Engagement auch in der nächsten Ratsperiode beibehalten.

Genau deshalb ist es uns auch gelungen, die vielen Kinder, Frauen und Männer bei uns willkommen zu heißen, die aus Angst vor Krieg, Gewalt und Verfolgung zu uns gekommen sind. Es war von Anfang an klar, dass politische Entscheidungen zu ihrer Versorgung und Unterbringung nur gemeinsam und nicht gegeneinander gefällt werden.

Wir haben uns dieser gesellschaftlichen Herausforderung gemeinsam gestellt und bewiesen, dass Aachen weltoffen ist, dass Aachen tolerant ist und dass in Aachen jeder Mensch willkommen ist.

Das allein ist in der heutigen Zeit viel wert.

Bürgerschaftliches Engagement

Mindestens genauso wertvoll ist das starke und vielfältige bürgerschaftliche Engagement in unserer Stadt. Dieses zeigte sich nicht nur, aber ganz besonders bei der Versorgung, Unterbringung und Betreuung der geflüchteten Menschen.

Egal ob Sachspenden oder Hilfe bei der Essensausgabe, beim Sprachunterricht oder bei der Begleitung zum Arzt, egal ob kostenlose Dolmetscherleistungen oder Patenschaften für Kinder – unsere Stadt und ihre Menschen sind über sich hinausgewachsen und haben gezeigt, wie gelebte Willkommenskultur aussieht.

Und auch in vielen anderen Politikbereichen kann man den Aachenerinnen und Aachenern nun wirklich keine Politikverdrossenheit vorwerfen.

Das beweist allein schon ein Blick auf die Tagesordnungen des Bürgerforums: Egal ob Radverkehr, Skateanlagen, Bewohnerparken oder KAG-Beiträge, die Öcherinnen und Öcher sind interessiert, engagiert und wollen mit uns gemeinsam gestalten.

Es ist gut, dass sie ihre Ideen und Vorschläge einbringen und sich am politischen Diskurs beteiligen.

Und es ist gut, dass wir die komplexen Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern angehen – im Schulterschluss und auf Augenhöhe.

Fridays for Future, der Radentscheid und die Initiative Aachen mit ihrem Impuls zur Regio-Tram. Das sind nur drei prominente Beispiele für Bürgerinitiativen, die sich mit ihren Ideen zukunftsweisend in die Kommunalpolitik eingebracht haben.

Nur gemeinsam schaffen wir es, die großen Herausforderungen der Gegenwart zu bewältigen.

Klimaschutz

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

0,1 Grad Celsius!

Nur 0,1 Grad Celsius hätte 2019 wärmer sein müssen, um das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung zu werden. 2019 lieferte sich dabei ein heißes Rennen mit 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018 - den Jahren, die alle die Top 10 erreicht haben.

Man muss schon sehr stur oder sehr verboht sein, um trotzdem an einen Zufall oder gar an Messfehler zu glauben.

Natürlich gibt es einen menschengemachten Klimawandel.

Etwas so gravierend Schlimmes, das menschengemacht ist, muss auch wieder von Menschen rückgängig gemacht werden. Und das nicht erst morgen oder übermorgen oder irgendwann in der Zukunft, sondern jetzt. Sofort.

Diese berechtigte Erwartung haben nicht zuletzt die vielen Kinder und Jugendlichen klargemacht, die seit Monaten Freitag für Freitag auf die Straßen gehen.

Wie Recht sie haben und dass das eine Herausforderung ist, die weltweit katastrophale Konsequenzen hat, zeigen die Waldbrände in Australien, die Deep Freezes in den USA oder die schweren Stürme in Indien.

Auch wenn das alles weit weg ist, müssen wir hier in Aachen das Klima schützen. Es kann und darf uns nicht egal sein, dass Menschen in anderen Ländern dieser Welt ihre Lebensgrundlage verlieren und sich die Kinder und Jugendlichen in unserem Land Sorgen um die Zukunft der Erde machen.

Der Ausruf des Klimanotstands ist ein wichtiger und wegweisender Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen alle politischen Maßnahmen und Entscheidungen immer auch nach ihren Konsequenzen für das Klima bewerten.

Heute kommt ein weiterer ähnlich entscheidender Beschluss hinzu: Wir werden das 1,5°-Ziel des Pariser Klimaabkommens auch als neues kommunales Klimaziel für Aachen anerkennen.

Beide Beschlüsse wirken weit über die aktuelle Ratsperiode hinaus.

Mobilität

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Klimaschutz ist immer auch Mobilitätspolitik.

Wie, mit wie vielen anderen und mit welchem Antrieb wir uns in der Stadt fortbewegen, entscheidet mit darüber, ob wir unsere Klimaziele erreichen oder nicht.

Wir wissen, dass sich in der Lebenspraxis die Autos nicht mit einem Schnippser wegzaubern lassen. Viele Menschen sind derzeit faktisch auf ihren PKW angewiesen.

Deshalb müssen wir den Aachenerinnen und Aachenern eine wirkliche Alternative zum eigenen Auto bieten. Wir wollen eine echte Wahl eröffnen und dazu müssen wir den Umweltverbund stärken.

Im November haben wir uns deshalb gemeinsam verpflichtet, in den kommenden Jahren die Ziele des Radentscheids umzusetzen. Und wir haben zuvor bereits die Verwaltung beauftragt:

- Radschutzstreifen durch baulich getrennte Radwege zu ersetzen,
- den Grabenring fahrradfreundlich umzubauen,
- Fahrradparkplätze in der Innenstadt und an Bahnhöfen herzurichten,
- das Radvorrangroutennetz zügig umzusetzen
- und dabei den neuen Aachener Standard für Fahrradstraßen einzuhalten.

Das dafür notwendige Personal werden wir heute im Rahmen des Haushalts beschließen.

Der Umweltverbund besteht jedoch aus weit mehr als nur aus Radfahrerinnen und Radfahrern.

Eine wirkliche Wahlmöglichkeit, die auch im Alltag funktioniert, erreichen wir durch die Stärkung des ÖPNV!

Die Aachenerinnen und Aachener müssen sich darauf verlassen können, dass der Bus kommt. Und zwar pünktlich.

Sie müssen sich darauf verlassen können, dass alle Anschlüsse erreicht werden können.

Es darf nicht sein, dass Busse wegen Überfüllung an Haltestellen vorbeifahren, ausfallen oder zusammen mit den Autos im Stau stecken bleiben.

Die dafür notwendige Infrastruktur kostet Geld. Sie kostet viel Geld. Und das über viele Jahre hinweg.

Gleichzeitig, sie werden es verzeihen, ist es ein ur-sozialdemokratisches Anliegen, dass sich alle Menschen Bus+Bahn leisten können. Mobilität ist entscheidend, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Diese widersprüchlichen Ziele miteinander zu vereinbaren, ist nicht nur eine Herausforderung, sondern fast schon ein... Problem.

Wir begrüßen die Vision 2027 der ASEAG. Diese beinhaltet nicht nur Ideen zur Infrastruktur und zum Liniennetz, sondern auch den Vorstoß für ein verpflichtendes Job-Ticket für alle.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Eine solche flächendeckende Solidarfinanzierung ist der richtige Weg und der wichtigste Schritt für einen zukunftsfähigen ÖPNV, mit dem man gerne fährt und den sich alle leisten können.

Wohnraum

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dass Aachen eine attraktive Stadt ist, in der viele Menschen leben und arbeiten wollen, spüren wir alle.

Diese tolle Entwicklung stellt uns in Verbindung mit der Nullzinspolitik vor zunehmend größere Herausforderungen.

Durch die explodierenden Bau- und damit Wohnraumkosten stiegen die Preise bei Neuvermietungen immer schneller. Das hätte es manchen Menschen unmöglich gemacht, sich Aachen noch zu leisten.

Wir waren und sind uns aber fraktionsübergreifend einig, dass die Frage, ob jemand Öcher oder Öcherin wird, eben nicht vom Geldbeutel abhängen darf.

Gemeinsam ist es uns gelungen, dass in dieser Ratsperiode rund 3.000 neue Wohnungen in Aachen gebaut worden sind - mehr als doppelt so viele wie in der Ratsperiode davor.

Auch beim öffentlich-geförderten Wohnungsbau ist eine erste Trendwende erzielt worden. 2018 wurde das beste Förderergebnis seit 20 Jahren erreicht. Damit wurden gleichzeitig die Neubauzahlen der gesamten letzten Wahlperiode überschritten!

Entscheidend dazu beigetragen hat die Verschärfung des Quotenbeschlusses auf 40 Prozent.

Mit dem "Aachener Modell zur kommunalen Wohnungsbauförderung" geht ein kompletter Wandel in der Aachener Wohnraumpolitik einher. Wir verkaufen keine städtischen Grundstücke mehr an den Meistbietenden. Stattdessen vergeben wir sie an diejenigen, die sich verpflichten, günstigen Wohnraum anzubieten.

Und auch die Wohnraumschutzsatzung, die wir im vergangenen Jahr - endlich - beschlossen haben, ermöglicht es uns, deutlich und aktiv gegen Leerstände und Wohnungsmissbrauch vorzugehen.

Die meisten dieser Maßnahmen und Beschlüsse haben wir gemeinsam gefasst. Und ich hoffe sehr, dass wir auch den weiteren Weg, der noch vor uns liegt, gemeinsam gehen werden.

Denn nur eine Stadt, in der viele Menschen - junge und alte, Männer und Frauen, Familien und Studierende, Erwerbslose und Senioren - zusammen leben, ist lebens- und liebenswert.

Bildung

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Entscheidung, in welcher Stadt man gerne leben möchte, geht es neben der verkehrlichen Anbindung und bezahlbarem Wohnraum immer auch um Bildung - um Schulen und um Kinderbetreuung.

Ein Erfolg, auf den ich auch persönlich besonders stolz bin, sind die fast 700 zusätzlichen Plätze in neuen und bestehenden Kitas. Das sind dreimal so viele wie in den fünf Jahren zuvor und sehr viel mehr als am Anfang der Ratsperiode möglich schienen.

Gerade angesichts der vielen jungen Familien, die in Aachen leben, ist uns bewusst, dass der Ausbau unserer Kitas weder quantitativ noch qualitativ abgeschlossen ist.

Es gibt beispielsweise immer noch zu viele offene Stellen.

Wir müssen mehr ausbilden und die Pädagoginnen und Pädagogen weiter von fachfremden Aufgaben entlasten. Ich weiß, dass der nächste Rat diese Aufgabe weiter bearbeiten wird.

Nach der Kita kommt die Schule. Hier sind wir immer auch abhängig von den nicht immer stringenten Entscheidungen auf Landesebene. Zum Glück gibt es Dank unserer interfraktionellen Runde eine gewisse Sicherheit, dass niemand in Versuchung kommt, sich auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler parteipolitisch zu profilieren.

Gemeinsam ist es uns so gelungen, den wichtigen Ausbau der Gesamtschulplätze auf den Weg zu bringen.

Auch Sanierungen, die an vielen Schulen dringend notwendig waren, konnten fortgesetzt werden. Das eigens dafür aufgelegte Schulreparaturprogramm haben wir in dieser Ratsperiode mit rund 16 Millionen Euro ausgestattet. Das ist eine deutliche Steigerung von 25% gegenüber der letzten Wahlperiode und wenn wir den Haushalt 2020 beschließen, werden nochmals fast 10 Millionen Euro städtischer Mittel investiert. Sei es im Schulreparaturprogramm oder in den Eigenanteilen der erheblichen Landes- und Bundesförderung.

Ich bin der festen Überzeugung dass dieses Geld, gerade für unsere Kleinsten gut und sinnvoll investiert ist.

Soziales und Kultur

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist und bleibt eine Herausforderung für uns alle, dass für alle Aachenerinnen und Aachener gilt: Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden.

Dabei sind es vor allem die Angebote aus Kultur und Sport, die das Miteinander in der Stadt stärken und die allen Menschen unserer Stadt offen stehen sollten.

Deshalb haben wir die Aachener Museenlandschaft neu aufgestellt, das Stadttheater finanziell gesichert und die freie Kulturszene gestärkt: Die KASTE-Mittel wurden von 300.000 auf 600.000 Euro angehoben und somit verdoppelt. Damit ermöglichen wir guten Projekten wie dem KingzCorner, den Frankenbürgern oder dem Musikbunker den Fortbestand.

Wir haben die Zuschüsse an die freien Träger in allen Bereichen erhöht und das Quartiersmanagement ausgeweitet. Das Förderprogramm Integration durch Sport, die Sanierung des Freibads Hangeweier und die des Kaiser-Friedrich-Parks... es würde zu weit führen all die Projekte und Investitionen aufzuzählen, die den Lebensstandard in unserer Stadt sichern und Schritt für Schritt verbessern.

Digitalisierung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es würde Ihnen und mir etwas fehlen, wenn ich in meiner Haushaltsrede nicht zumindest kurz auf die Digitalisierung eingehen würde.

Nicht ohne Grund: Der Digitale Wandel gehört zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, mit denen wir uns alle auseinandersetzen müssen. Egal ob wir wollen oder nicht.

Das gilt für die Digital Natives, für die ihr Smart Phone und alle seine Funktionen ganz selbstverständlich dazu gehören. Aber genauso für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsalltag sich zunehmend verändert. Und auch für Menschen, für die Social Media, Online Banking und das ePaper der Aachener Zeitungen nicht zum Alltag gehören und denen die vielen technologischen Veränderungen und Möglichkeiten vielleicht sogar Angst machen.

Umso wichtiger ist es also, dass wir uns als Politik dieser Herausforderung stellen, dass wir Digitalisierung eben nicht als "Neuland" betrachten, sondern als Chance für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger. Und das haben wir in den vergangenen fünf Jahren erfolgreich getan.

Dieser Rat hat sich wie keiner vor ihm der Digitalisierung als Herausforderung angenommen: Wir haben uns gemeinsam erfolgreich als Digitale Modellregion beworben. Ein Programm, das enormes Investitionsvolumen in die Stadt zieht.

Wir haben einen CDO installiert, der die Aufgabe hat, die Fäden zusammenzuführen und Digitalisierung über Fachbereichsgrenzen hinweg voranzutreiben. Das Serviceportal der Stadt Aachen dient heute als Beispiel für andere Kommunen und am Ende des vergangenen Jahres haben wir den Rahmen gesetzt, damit die städtische RegioIT Marktführer im Bereich der kommunalen IT-Versorgung wird.

Auch bei der Digitalisierung arbeiten wir Hand in Hand mit Vereinen und Verbänden: Sei es der Digital Hub, seien es die Freifunker oder sei es it4kids, die schon an der Grundschule ein gutes Grundverständnis der digitalen Welt vermitteln.

Ob beim Thouet Preis oder dem Rosenmontagszug, die Digitalisierung ist in den letzten Jahren in der Breite der Stadtgesellschaft angekommen und das ist auch gut so.

Darauf müssen wir auch in Zukunft aufbauen.

Gute Arbeit

Unter anderem durch die Digitalisierung getrieben, geraten viele geringer qualifizierte Menschen auf dem Arbeitsmarkt aber auch unter Druck. Wir haben gemeinsam bewusst Verantwortung für sie übernommen.

Wir stellen aktiv Langzeitarbeitslose nach dem Teilhabechancengesetz ein, also Männer und Frauen, die mindestens zwei Jahre arbeitslos waren.

Wir rekommunalisieren Vergaben des Stadtbetriebs soweit wie möglich, um Hire-and-fire-Arbeitsverhältnisse in gute, tarifgebundene Arbeit zu überführen.

Wir haben die Zahl der Auszubildenden in der Verwaltung verdoppelt.

Nach der Entfristungsoffensive sind inzwischen beinahe 95% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Aachen unbefristet beschäftigt.

Darüber hinaus haben wir die wenig kreative und ungerechte Wiederbesetzungssperre endlich abgeschafft.

Handel und Innenstadt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein weiterer Strukturwandel, der durch die Digitalisierung beschleunigt wird, ist der Wandel im Einzelhandel Innenstädte.

Überall in Deutschland sehen wir, wie der Handel nicht mehr ausreicht, um die Städte zu beleben. Shopping genügt nicht mehr, um attraktiv zu sein.

Wir begleiten deshalb unsere Innenstadt beim Wandel ihrer Funktion und entwickeln unseren Stadtkern zu einem Ort weiter, an dem sich Menschen, vor allem Familien, auch ohne Shopping gerne aufhalten möchten.

Die entsprechenden Antragspakete von CDU, SPD und Grünen zur neuen Rolle der Innenstadt liegen der Verwaltung zur Bearbeitung vor. Und auch am Büchel geht es nun nach zähen Jahren endlich weiter.

Gemeinsam haben wir Ende des vergangenen Jahres die Basis gelegt um es selber in die Hand zu nehmen: Wir haben die Grundstücke erworben, die Aachener Stadtentwicklungsgesellschaft gegründet und den Abriss des Parkhauses beschlossen.

Nun liegt es an uns, dass eine adäquate Nutzung gefunden und nicht wieder zerredet wird.

Abschluss

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die aktuelle Wahlperiode hat unsere Stadt vor zahlreiche Herausforderungen gestellt, die jede einzeln groß genug für 5 Jahre gewesen wäre.

Gemeinsam haben wir Beschlüsse gefasst, von denen bisherige Generationen von Kommunalpolitikerinnen und -politikern nicht zu träumen gewagt hätten.

Hier sitzt ein starker Rat, der gemeinsam eine starke Wahlperiode verantwortet.

Bevor ich nun zum Ende meiner Rede komme, komme ich doch noch kurz auf den Haushalt zu sprechen: Selbstverständlich gilt mein Dank Frau Grehling und Ihrem guten Team. Vielen Dank, dass es Ihnen gelungen ist, einen fast ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, und gleichzeitig alle politischen Beschlüsse und Forderungen abzubilden.

Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Haushalt und dem Stellenplan zustimmen,

- weil er den Kitausbau vorantreibt,
- weil er die Schulsanierung beschleunigt,
- weil er den Wohnungsmangel bekämpft,
- weil er den Klimaschutz vorantreibt,
- weil er die Mobilitätswende fortsetzt,
- weil er die Digitalisierung gestaltet,
- weil er Menschen in gute Arbeit bringt,
- weil er unser soziales Netz stärkt,
- weil er die Finanzierung der freien Kultur verdoppelt
- und weil er ohne das Verschern von Tafelsilber auskommt.

Und nun habe ich eine gute und eine schlechte Nachricht.

Als bekannter Pragmatiker fange ich mit der schlechten an: Die neuen Herausforderungen und auch die neuen Probleme unserer Stadt werden in Zukunft nicht weniger und auch nicht weniger komplex sein.

Die gute Nachricht ist, dass ich mir dennoch keine Sorgen um Aachen mache. Dafür gibt es viel zu viele Menschen, denen unsere gemeinsame Zukunft am Herzen liegt.

Wir haben eine starke, kreative Stadtgesellschaft und viele, viele tolle Ideen mit denen wir die Herausforderung annehmen und die Probleme lösen werden.

Und wir haben eine engagierte und kompetente Stadtverwaltung. Leider kann ich nicht jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter persönlich danken. Das würden mir die nachfolgenden Rednerinnen und Redner nicht verzeihen.

Stattdessen danke ich schlicht und einfach allen in der Verwaltung, die uns und unsere politische Arbeit nicht nur in den vergangenen fünf Jahren begleitet haben.

Danke für Ihre Unterstützung, die gute Zusammenarbeit und danke auch für Ihre Geduld mit uns Politikerinnen und Politikern.

Ohne Sie alle hätte ich bei weitem nicht so viele erfolgreiche Maßnahmen und Projekte aufzählen können.

Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort

Zentrale Zukunftsinvestitionen im Haushalt? - eine Vermisstenanzeige der Grünen

Wie man sieht: Ich werde Mutter!

Viele von Ihnen werden das kennen, ... in den letzten Monaten schaue ich immer mehr aus der Sicht des Kindes in die Zukunft. Auch der Blick auf die Stadt hat sich verändert.

Noch intensiver als vorher nehme ich die Ängste der jungen Menschen wahr, ihren Protest und ihren Appell an uns Politiker*innen.

Und immer wieder frage ich mich: Erfüllen wir hier im Ratssaal die Erwartungen der nächsten Generation?!

Heute liegt uns ein ausgeglichener Haushalt vor. Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben um rund eine halbe Million Euro. Das hat es schon sehr, sehr lange nicht mehr gegeben.

Herzlichen Dank an die Kämmerin und alle Kolleg*innen, die an diesem Haushalt mitgearbeitet haben.

Bei dem Ergebnis könnte man meinen, alles in Ordnung. - Auf den ersten Blick ein Grund zum Feiern.

Aber: Dürfen wir uns darüber wirklich freuen?

Oder haben wir deshalb einen ausgeglichenen Haushalt, weil es keine neuen Projekte gibt und sich zu wenig bewegt in unserer Stadt?

Welche Schwerpunkte hat die Mehrheit mit diesem Haushalt gesetzt?

In der Presse war groß die Ankündigung zu lesen, man wolle mehr Geld in den Nahverkehr investieren. Der Haushalt sei ausgeglichen, die Möglichkeit, viel zu investieren sei da.

Man habe aber auch viel vor dem Bug. Deshalb laute die Devise für CDU und SPD

„Sofort anfangen und viel machen“.

Wissenschaft, Verkehr, Kultur, Wohnungsbau und Klimaschutz, das seien die großen Themen. Mehr als eine Million Euro solle zusätzlich für die Verkehrswende ausgegeben werden.

Das war erstmal ein positives Signal. Den Bürger*innen wird zumindest über die Presse das Gefühl vermittelt, es passiert etwas.

Doch passiert wirklich etwas? Können wir den jungen Menschen sagen: Schaut mal, es fahren schon weniger Autos in die Stadt?

Wurde das Busangebot verbessert, Parkplätze zurückgebaut und Grün- und Spielflächen geschaffen?

Schaut man sich den Haushalt genauer an, dann steht am Ende eher eine „Vermisstenanzeige“:

Grüne suchen nach den Ankündigungen der Mehrheit – zum Beispiel mehr Geld in den Nahverkehr, den Wohnungsbau, den Klimaschutz zu investieren – im Haushalt leider vergeblich.

Bleiben wir beim Thema **Nahverkehr**. Kein einziger Euro wurde zusätzlich beschlossen. Im Presseartikel hieß es zwar, es solle mehr Geld für Busspuren, neue Rad- oder Fußgängerwege geben.

Einen konkreten Antrag der GroKo dazu gab es aber nicht. Im Gegenteil: Unsere Anträge zum Haushalt, massiv in den ÖPNV zu investieren und neue Busspuren zu errichten, wurden abgelehnt.

Dabei sind wir uns doch eigentlich einig, dass hier mehr getan werden muss!

Die vielen Pendler*innen brauchen JETZT ein besseres Busangebot und nicht erst in fünf oder zehn Jahren, wenn es vielleicht endlich mehr Geld von Bund und Land für den öffentlichen Verkehr gibt.

Wie war noch mal die Devise? „Sofort anfangen, viel machen“?

Viele Worte, viele Versprechen. Vermisst werden die Taten.

Auf der Suche nach mehr Glaubwürdigkeit wird die Bevölkerung zur Mithilfe aufgerufen:

Hierzu ein kleines Beispiel aus dem Driescher Hof – Der **Spielplatz an der Stettiner Straße**.

Vor Jahren fand eine Bürgerbeteiligung statt. Die Stadtteilkonferenz war beteiligt und wenn ich mich recht erinnere, waren Sie, Herr Oberbürgermeister sogar mit vor Ort.

Es wurde rege darüber diskutiert, was die Bürger*innen sich wünschen, wie der neue Spielplatz aussehen soll. Die Kinder haben ihre Wünsche und Ideen zu modernen Spielgeräten geäußert.

Die Menschen haben sich gefreut, endlich passiert hier etwas, gerade in einem Viertel wie dem Driescher Hof, wo viele das Gefühl haben, dass Politik sich nicht wirklich für sie interessiert.

Und was dann? Sind ihre Wünsche wahr geworden?

Am Ende gab es ein paar gebrauchte Spielgeräte. Bänke und Sitzgruppen, wo man sich gemütlich hinsetzen kann, gibt es kaum und nur sehr zerstreut.

Aufenthaltsqualität? Nicht vorhanden.

Was aber vorhanden ist, sind Frust und Enttäuschung über eine Politik, die eines gut kann: Nämlich viel ankündigen, anstatt zu handeln.

Wie sollen wir den Eltern erklären, dass sie noch einmal jahrelang warten sollen, bis endlich was passiert?

Wie sollen wir den Kindern erklären, die sich so auf den neuen Spielplatz gefreut haben, dass sie noch so lange auf neue Spielgeräte warten müssen, bis sie aus dem Alter raus sind?

Unser Antrag, den neuen Spielplatz noch in diesem Jahr in Angriff zu nehmen, wurde abgelehnt. Ebenso wie unser Antrag, die städtebauliche Entwicklung in Forst/Driescher Hof voranzutreiben.

Ein herber Rückschlag. Kläglich vermisst wird die Aufbruchstimmung in diesem Stadtteil!

Auch beim **Wohnungsbau** wird eine städtische Offensive massiv vermisst. Die Groko schwärmt uns vor, wieviel im Wohnungsbau passiert ist – und trotzdem fehlen nach wie vor 5000 Wohnungen! Irgendwas stimmt doch da nicht!

Die Wohnungsnot ist das Thema, das die Menschen aktuell am meisten beschäftigt. Die Mietpreise steigen. Der städtische Anteil am Wohnungsmarkt liegt zusammen mit der GeWoGe gerade mal bei 5 Prozent.

Dabei kann doch gerade die Stadt Menschen mit geringem Einkommen langfristig bezahlbaren Wohnraum bieten.

Auch hier sucht man im Haushalt nach zentralen Zukunftsinvestitionen leider vergebens.

Weil es ist wie es ist und sich insgesamt so wenig tut in Aachen, steigt der Druck der Öffentlichkeit. Initiativen und Verbände übernehmen die Aufgaben der politischen Mehrheit. Aktiv statt reaktiv.

Es benötigte erst einen Radentscheid, um endlich zu erkennen, dass Aachen ein ausgebautes Radwegenetz und sichere Kreuzungen braucht.

Reaktion statt Aktion auch beim **Klimaschutz**. Ein runder Tisch hat sich gebildet und Druck gemacht, dass der Rat den Klimanotstand erklärt. Er hat Druck gemacht, damit die Stadt konkrete Maßnahmen ergreift, die CO₂-Emissionen zu senken und damit unseren Beitrag dazu zu leisten, das 1,5 Grad-Ziel bei der Erderwärmung zu erreichen. Die selbst gesteckten Ziele hat die Stadt bisher deutlich verfehlt.

Klimaschutz ist das wichtigste und vorrangigste Thema für unsere Zukunft. Die Jugend hat das längst erkannt.

Nur die politische Mehrheit im Rathaus nicht. Alle unsere Anträge für mehr Klimaschutz wurden abgelehnt:

Kein Geld für eine Kampagne zum Ausbau der Photovoltaik in Aachen.

Kein Geld für die Beratung privater Hauseigentümer bei der Gebäudesanierung.

Kein Geld für die energetische Sanierung des Welthauses an der Schanz.

Im Pressegespräch wurde noch angekündigt, ein „größeres Paket für den Klimaschutz“ schnüren zu wollen. Tatsächlich gibt es jetzt als einzige Maßnahme ein Modellprogramm Fassadenbegrünung.

Und gleichzeitig werden auf der anderen Seite die Gelder für Baumpflanzungen im Stadtgebiet gestrichen. Dabei könnten gerade mehr Bäume das Klima in unserer Stadt verbessern und den Menschen zeigen, wir meinen es ernst, es passiert etwas!

Doch auch beim Klimaschutz wird aktives Handeln vermisst. Wer sucht, der findet: Stillstand in Aachen.

Prägnantes Beispiel: Die **erste Aachener Radvorrangroute**.

Vor zehn Jahren haben wir GRÜNE den Antrag gestellt, eine Radvorrangroute von Brand in die Innenstadt zu errichten.

Zugegeben: Wir sind heute (nach 10 Jahren!) auch schon ein ganzes Stück weitergekommen.

Und doch hakt es immer noch erheblich. Gefühlt würde ich sagen, hatten wir die Route sage und schreibe mindestens elf Mal in den verschiedenen Gremien.

Es wird diskutiert, und diskutiert und diskutiert.

Um drei oder vier Parkplätze zu erhalten, soll jetzt der Premiumfußweg im Zick Zack Kurs über die kleine dreieckige Grünfläche an der Lothringerstraße geführt werden.

So wird diesen Weg niemand benutzen!

Klar, die Parkplatznot ist für die Anwohner*innen ein Problem. Dafür müssen wir eine Lösung finden.

Welche Alternativen können wir den Bürger*innen anbieten? Wie könnte das Quartiersparken der Zukunft aussehen?

Die meisten Parkhäuser stehen nachts leer. Vielleicht könnte ein supergünstiger Bewohnerparktarif helfen, oder, oder, oder...

Auch zu diesem Beispiel lässt sich sagen:

Nur Mut zur Entscheidung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Radvorrangroute wird das Radfahren attraktiver machen und die 37.436 Bürger*innen, die den Radentscheid unterschrieben haben, erwarten jetzt konkretes Handeln.

Meinen wir es ernst mit der Verkehrswende, dann müssen wir den Grabenring zum Radverteilerring umplanen und das jetzt und nicht erst in 5 oder 10 Jahren! Wenn die Stadt das personell nicht leisten kann, müssen eben die Planungen extern vergeben werden.

Doch auch hier kein Glück bei der Suche nach Zustimmung zu unseren Ideen.

Anderes Thema, gleiche Situation: Die **Innenstadtentwicklung**.

In einem Gespräch mit unserer Fraktion hat der Handel einstimmig gefordert: „Leute, macht was, beschließt irgendwas, und wenn es was Falsches ist. Aber macht endlich was!“

Die Menschen sind so unzufrieden, weil der Stillstand an vielen Ecken der Stadt sichtbar ist.

Wieso wird zugelassen, dass die Innenstadt so aussieht wie sie aussieht? Wieso wird jahrelang ein Bauzaun vor den Geschäften in der Adalbertstraße stehen gelassen? Wie kann man so eine Situation einfach so ignorieren?

Dabei gibt es durchaus viele Konzepte für die Innenstadtentwicklung, man muss sie nur umsetzen.

Die Leute erwarten völlig zu Recht, dass hier auch ein Oberbürgermeister aktiver in die Auseinandersetzung mit den Investoren geht, die die TOP-Lagen in der Stadt jahrelang leerstehen und immer weiter herunterkommen lassen.

Vermisst wird eine attraktive Innenstadt. Gefunden wird: Verwahrlosung, wilde Plakatierung und halbleere Frittentüten hinterm Bauzaun im Herzen von Aachens Einkaufsmeile.

Stillstand liegt in der Luft.

.. und ganz still wird's beim **Thema Bildung**: Bildung ist die wichtigste Grundlage dafür, dass unsere Gesellschaft die schwierigen Aufgaben der Zukunft bestehen kann.

Doch auch hier vermissen wir mehr Gesamtschulplätze, ebenso wie eine schnelle Sanierung von Schulgebäuden oder die Unterstützung der digitalen Entwicklung durch IT-Hausmeister.

Aber: Um bei der Wahrheit zu bleiben: Ganz untätig ist die Mehrheit am Ende doch nicht gewesen. Ein Großprojekt wird ganz energisch und voller Elan angegangen:

Die 50 Mio. Euro plus X teure **Sanierung des Neuen Kurhauses**.

Abgesehen von diesem Projekt, hat dieser Haushalt keine zentrale Botschaft.

Resignation macht sich breit. Die Vermisstenanzeige wird wieder um ein Haushaltsjahr verlängert.

Ganz ehrlich, ich würde hier lieber mit Ihnen um die beste Lösung für die Jugend und die Zukunft unserer Stadt ringen, als immer wieder den Stillstand anzuprangern.

Das Beste für die Zukunft ist, dass sich etwas verändert. Wir stehen für die Veränderung!

An die Redaktionen

Aachen, 21. Januar 2020

Haushaltsrede 2020 (Sperrvermerk 22.1.2020, 17⁰⁰ Uhr)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich mich im Namen unserer Fraktion bei Ihnen, Frau Grehling, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für die Erarbeitung und Darstellung des umfangreichen Zahlenwerks im vorliegenden Haushaltsplan 2020 bedanken.

Apropos Zahlen: 4.860 Haushalte in Aachen werden von der Tafel versorgt, und im November 2019 erhielten 3.120 Personen Grundsicherung im Alter, wobei Untersuchungen ergeben haben, dass zwei Drittel der Berechtigten auf die ihnen zustehende Transferleistung verzichten. Das bedeutet, dass in Aachen mehr als 9.000 arme Rentner*innen leben. Außerdem wächst in unserer Stadt nahezu jedes vierte Kind in armen Verhältnissen auf. Das ist die Welt jenseits von Karlspreis und Wissenschaftsstadt. Aber der damit verbundenen sozialen Spaltung, die durch eine verheerende Bundespolitik entstanden und verfestigt worden ist, muss auf kommunaler Ebene entschieden entgegengetreten werden. Es braucht Investitionen, die nicht ausgrenzen, sondern verbinden, um eine lebenswerte Stadt für Alle zu erhalten.

Die Schweizer Politikerin Ruth Dreifuss hat einmal gesagt: „Armut beschämt nicht die betroffenen Menschen, Armut beschämt die Gesellschaft“. Und wenn wir uns schämen, müssen wir handeln. Die von der LINKEN beantragte Kampagne zur Grundsicherung im Alter soll die Rentner*innen nicht nur über ihre Rechte informieren, sondern ihnen auch die Scham nehmen, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Dass Sie mich hier nicht missverstehen: Auch mit der Grundsicherung bleiben die Menschen arm. Hier muss die Bundesregierung endlich für eine Mindestsicherung sorgen, die Allen eine gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe ermöglicht. Aber die Grundsicherung verbessert zumindest die finanzielle Situation für die Betroffenen. Darüber hinaus sind für Seniorinnen und Senioren preisgünstigere Angebote im ÖPNV vonnöten, und auch das Mobilticket für Menschen mit wenig Geld ist viel zu teuer.

In den letzten Monaten war viel vom Klimawandel und von der Luftreinhaltung die Rede. Unter dem Druck eines drohenden Dieselfahrverbots hat sich nun auch die GroKo

bewegt. Aber sie bewegt sich zu langsam und zu zögerlich. Wir brauchen mehr Raum für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen, mehr Grün und damit eine höhere Aufenthaltsqualität. Das aber ist nur mit weniger Autos in der Innenstadt zu erreichen. Um die Menschen jedoch zum Umstieg vom PKW auf den Bus zu motivieren, müssen die Fahrpreise deutlich sinken. So hat unsere Fraktion im Mobilitätsausschuss beantragt, jährlich 5 Mio. Euro zur Senkung der Fahrpreise in die Hand zu nehmen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Wenn wir es mit dem Umweltschutz wirklich ernst meinen, müssen auch Baumpflanzungen zügiger und konsequenter vorangetrieben werden, um das selbstgesteckte Ziel von 10.000 neuen Bäumen auch zu erreichen. Trotzdem wurde unser Antrag, die finanziellen Mittel für Baumpflanzungen in der Innenstadt auf 400.000 Euro zu erhöhen, im Umweltausschuss abgelehnt. Aber es kommt noch schlimmer. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses wurde der Ansatz für Baumpflanzungen, der laut Beschluss des Umweltausschusses immerhin 200.000 Euro betragen sollte, für 2020 gleich ganz gestrichen, weil u. a. das Personal nicht ausreicht, die Bäume auch zu pflanzen. Neues Grün erlebt in Aachen wohl keine Hochkonjunktur.

Seit vielen Jahren wird über die Umgestaltung des Altstadtquartiers Büchel diskutiert. Nach dem Rückzug der Investoren hat die Stadt nun mit dem Ankauf von Grundstücken und der Gründung einer städtischen Entwicklungsgesellschaft das Heft des Handelns wieder in die eigene Hand genommen. Das ist gut so. Ausgehend von der Frage, wem die Stadt eigentlich gehört, setzt sich DIE LINKE für eine Gestaltung des Viertels ein, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und eine hohe Aufenthaltsqualität bietet.

Das Areal des Bushofes stellt eine weitere Herausforderung dar. Neben der Frage, welche stadtplanerischen Ziele für das Viertel entwickelt werden sollen, bedarf das derzeitige Umfeld einer dringenden Verbesserung. Für diesbezügliche Sofortmaßnahmen hat unsere Fraktion eine Erhöhung des Haushaltspostens „Wettbewerb Bushof und Umfeld“ auf 500.000 Euro beantragt; leider vergeblich. Bevor die städtebaulichen Planungen für das Areal definiert und entwickelt werden können, sind zunächst einige Fragen zu klären. Ein Teil des Bushofes gehört nämlich einem Investor, und die Politik muss zudem entscheiden, ob der Bushof als zentraler Verkehrsknotenpunkt erhalten bleibt oder ob dezentrale Lösungen bevorzugt werden. Wer große Visionen präsentiert, wie es Herr Dopatka, der Vorsitzende und OB-Kandidat der SPD, bereits vor einigen Monaten getan hat, darf diese ungeklärten Fragen nicht ignorieren. Ansonsten handelt er schlichtweg unseriös.

Überhaupt gibt die SPD ein merkwürdiges Bild ab. Während Herr Dopatka draußen „linke SPD“ spielt, singt Herr Servos hier drinnen das Hohe Lied der Großen Koalition. Draußen beklagt Herr Dopatka den Stillstand in der Stadtpolitik, aber hier drinnen sitzt die SPD schon seit einigen Jahren in der Stadtregierung und hätte Impulse setzen können. Auf Landesebene spricht sich die Partei gegen die Privatisierung der Spielbanken aus, aber im Aachener Stadtrat will sie davon nichts wissen. Hier kommt mir ein Zitat in den Sinn, das Kurt Tucholsky zugeschrieben wird: „Wer nach allen Seiten offen ist, der kann nicht ganz dicht sein“.

Von der SPD nun zurück zur gesamten Großen Koalition. Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist und bleibt eines der wichtigsten Themen in der Kommunalpolitik. CDU und SPD haben nun endlich Vorschläge und Maßnahmen umgesetzt, die DIE LINKE schon seit Jahren immer wieder gefordert und beantragt hat, wie zum Beispiel die

Zweckentfremdungsverordnung. Doch es muß mehr getan werden. Im Zusammenhang mit dem strategischen Grunderwerb muss es in Zukunft möglich sein, dass die Stadt auch Wohnungen kaufen kann, um so mehr Wohnraum mit bezahlbaren Mieten anbieten zu können.

Ein weiteres Ärgernis, zu dem DIE LINKE schon des öfteren Stellung bezogen hat, ist das System der Zweckverbände und anderer Zusammenschlüsse. So können der Zweckverband Region Aachen und der Verein Metropolregion Rheinland weder inhaltlich noch organisatorisch überzeugen. Die Schaffung immer neuer Posten und Strukturen mag sich in finanzieller Hinsicht für die Posteninhaber*innen lohnen, einen Mehrwert für die Menschen in Aachen haben sie nicht. Darüber hinaus verschärfen derartige Institutionen den Wettbewerb zwischen Kommunen oder Regionen, obwohl eine bessere Zusammenarbeit zur gemeinsamen Lösung von Problemen angebrachter wäre. Auch das Geld, das hier verschleudert wird, könnte im sozialen, kulturellen und schulischen Bereich besser eingesetzt werden.

So ist die dauerhafte finanzielle Absicherung der musikalischen Frühförderung in Grundschulen ein Thema, das unsere Fraktion schon seit langem bewegt. Die Bedeutung einer solchen Maßnahme in Form von Instrumentalklassen und anderen Musikprojekten für die Persönlichkeitsentwicklung und die Förderung zahlreicher Kompetenzen der Kinder ist unumstritten. Aus diesem Grund haben wir zum wiederholten Mal beantragt, jährlich 50.000 Euro in einen entsprechenden Fonds einzustellen, auf den alle Grundschulen zugreifen können. Bedauerlicherweise fand sich für unseren Antrag keine Mehrheit.

Wenn wir die Vielfalt auch der freien kulturellen Angebote erhalten und ausbauen wollen, müssen wir sicherstellen, dass die Künstler*innen eine ausreichende und dauerhafte Existenzgrundlage haben. Aus diesem Grund hat DIE LINKE, leider ohne Erfolg, eine Verdopplung der KaStE-Mittel beantragt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine grundsätzliche Bemerkung anfügen. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen muss sich insgesamt deutlich verbessern. Dazu gehört auch, dass Bund und Land bei Aufgaben, die den Städten und Gemeinden übertragen werden, an ihrer Zahlungsmoral arbeiten. Die pünktliche Bezahlung von öffentlichen Leistungen wird schließlich auch von den Bürger*innen erwartet.

Der ausgeglichene Haushaltsplan 2020 bietet das, was sich alle Fraktionen immer gewünscht haben, nämlich Raum für Gestaltung. Darum wäre es auch an der Zeit gewesen, mehr soziale und ökologische Investitionen in die Zukunft unserer Stadtgesellschaft zu tätigen. Die Große Koalition aus CDU und SPD ist hierzu nicht fähig gewesen. Eine Politik, die der sozialen Spaltung nicht entgegentritt und Armut in einem reichen Land wie Deutschland als gegeben und unvermeidlich hinnimmt, kann nicht akzeptiert werden.

Die Fraktion DIE LINKE wird dem vorliegenden Haushaltsplan 2020 nicht zustimmen.

Leo Deumens
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Rede von Wilhelm Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen zu TOP 7.1.,
Haushaltsplanberatungen einschließlich Stellenplan – Haushaltsreden / 2020 in der Ratssitzung am
22. Januar 2020

Es gilt das gesprochene Wort !

Herr Oberbürgermeister, Frau Stadtdirektorin und Kämmerin, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Heute heißt es zunächst einmal festzustellen, dass haushalterisch in einem Teilaspekt ein sehr guter
Tag für die Stadt Aachen ist. Seit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements vor
nunmehr zwölf Jahren verabschiedet der Rat der Stadt in diesem Jahr erstmals einen
Haushaltsplanentwurf, der nicht mehr nur genehmigungsfähig, sondern nur noch anzeigepflichtig
gegenüber der Kommunalaufsicht ist. Nach der Überarbeitung und Anpassung der 2.
Veränderungsnachweisung im Finanzausschuss am 14. Januar ergibt der Planansatz für dieses Jahr
einen Überschuss in Höhe von rund 667.000 € und somit einen Eigenkapitalverzehr von – 0,1 Prozent
und das bei einem Ergebnisplan von insgesamt gut einer Milliarde 40 Millionen €.

Zu verdanken ist dies insbesondere dem Umstand, dass sich das Jahr 2018 im Ergebnis wesentlich
positiver entwickelt hat als prognostiziert und auch für 2019 kann noch von einer Verbesserung des
Jahresergebnisses ausgegangen werden.

Die FDP-Fraktion dankt der Kämmerin, Frau Grehling und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des
Fachbereichs Finanzsteuerung und insbesondere Herrn Kind, Herrn Schoel und Herrn Guth sowie
auch des Fachbereichs Steuern und Kasse von Herrn Herrmanns für die hervorragende Arbeit seit der
Genehmigung der letztjährigen Haushaltssatzung im März 2019 und vor allem in den arbeitsintensiven
Wochen vor der Haushaltseinbringung am 9. Oktober 2019 über die beiden
Veränderungsnachweisungen bis zur letzten Anpassung im Finanzausschuss.

Genug des Guten und nunmehr zu den harten Fakten: alles andere an diesem Haushalt ist nämlich
leider überhaupt nicht so rosig wie die soeben erläuterten Zahlen. So entwickeln sich die
Steuererträge leider derzeit deutlich schlechter als in den letzten Haushaltsjahren. Frau Grehling
hat daher letzte Woche im Finanzausschuss berichtet, dass das Gewerbesteueraufkommen zum
Anfang des neuen Jahres mit etwa 154 Millionen € deutlich niedriger ausfällt als vor einem Jahr mit
170 Millionen €, also um immerhin 16 Millionen € schlechter !

Diese Prognose ist somit so schlecht wie zuletzt 2015 mit 158,7 Millionen € !

Und auch der Jahresfehlbedarf wird in den Folgejahren der mittelfristigen Finanzplanung wieder
erheblich und besorgniserregend ansteigen, für 2021 beispielsweise auf etwa 27,8 Millionen €. Damit
wird der Haushalt im nächsten Jahr wieder genehmigungspflichtig, ob er aber auch
genehmigungsfähig sein wird, bleibt abzuwarten. Das Gespenst des drohenden
Haushaltssicherungskonzeptes mit einem Eigenkapitalverzehr von zweimal mindestens 5 % in
aufeinanderfolgenden Jahren wird also über dem am 13. September neu gewählten Stadtrat wieder
neu aufziehen.

Aus Sicht der örtlichen Wirtschaft und auch der Freien Demokraten ist es erfreulich, dass die
Hebesätze und damit die Realsteuern, also insbesondere Gewerbesteuer und Grundsteuer B, auch im
Jahr der anstehenden Kommunalwahl nicht erhöht werden. Die Industrie- und Handelskammer
Aachen hat in ihrer jährlichen Stellungnahme zur Haushaltssatzung mit Recht angemerkt, dass die
Gewerbetreibenden mit jährlichen Gewerbesteuerzahlungen von zuletzt über 200 Millionen € einen
erheblichen Beitrag zur Finanzierung des städtischen Haushalts leisten – oder sagen wir hier besser
„beisteuern“.

Keinesfalls dürfen zukünftig – also nach der Kommunalwahl 2020 - konjunkturbedingt hinter den
Erwartungen zurückbleibende Einnahmen durch eine Anhebung der Hebesätze kompensiert werden!
Der Aufschwung der letzten Jahre ist deutlich abgeflaut, der Lageindikator ist auf den niedrigsten Wert
seit Anfang dieser sechsjährigen Wahlperiode gesunken, viele Betriebe müssen davon ausgehen,
dass sich die Geschäftslage in den kommenden Monaten weiter verschlechtern wird.

Daher ist es an der Zeit, wieder über steuerliche Entlastungen für die Gewerbetreibenden und die Privathaushalte nachzudenken, denn die Hebesätze in Aachen sind mit 475 von Hundert bei der Gewerbesteuer und 525 von Hundert bei der Grundsteuer B verhältnismäßig hoch. Aber ich befürchte, dass nicht nur die neue SPD-Chefin Esken den Vorschlag, jetzt die Steuern zu senken für gefährlich halten wird. Die Freien Demokraten halten es dagegen eher für gefährlich, den Bürgern unentwegt mehr vom selbst erarbeiteten Geld zu nehmen, als es zulässig ist. Dies gilt für den Bund, die Länder und auch die Kommunen: die Kommunalhaushalte müssen vielmehr vom Staat entschuldet werden.

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen lehnt den Haushalt jedoch in erster Linie nicht wegen der anstehenden Probleme in der mittelfristigen Finanzplanung, sondern wegen der falschen politischen Gewichtung des Haushalts ab !

Wie man es richtig macht, zeigt die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen: die Opposition in Düsseldorf verlangt zwar von ihr mehr Klimaschutz, mehr Busse, Bahnen und Grundschullehrer – aber welche Opposition wollte das nicht ? Während die rot-grüne Vorgängerregierung zur Mitte ihrer Amtszeit längst mit verfassungsgerichtlichen Haushaltsverboten, der roten Laterne im bundesweiten Wachstumsvergleich und Rekordzahlen bei den Wohnungseinbrüchen und Autodiebstählen zu kämpfen hatte, steht Schwarz-Gelb sehr gut da.

Die Kriminalitätsrate ist deutlich gesunken, der Finanzminister kommt erstmals seit 1973 ohne zusätzliche Schulden aus und die liberale Schulministerin Yvonne Gebauer hat mit der Abkehr vom Turbo-Abitur und der Rückkehr zu G9 ein Dauerärgernis an den Gymnasien beendet. Und das mit so leichter Hand, dass sich das ganze Land wundert, warum Rot-Grün sich damit so schwer getan hat.

Beste Bildung für Nordrhein-Westfalen – mit diesem Ziel ist die schwarz-gelbe Landesregierung 2017 angetreten und gewählt worden – und genau das muss auch das Ziel in Aachen sein ! Beste Bildung braucht beste Bedingungen: motivierte und gut ausgebildete Lehrkräfte, moderne Schulgebäude, digitale Infrastruktur und innovative pädagogische Konzepte. Schulen müssen die Möglichkeiten und Freiheiten haben, ihre Kreativität zu entfalten und neue Wege beschreiten zu können – zum Wohle der Schülerinnen und Schüler.

Durch beste Bildung werden soziale Nachteile überwunden und Aufstiegschancen für alle eröffnet. Dafür muss der Unterrichtsausfall weiter abgebaut werden, denn der trifft vor allem die Schülerinnen und Schüler, die keine Unterstützung durch ihr Elternhaus erfahren.

Um den gravierenden Lehrermangel, vor allem an den Grundschulen, in Aachen spürbar abzusenken, fordert die FDP daher die Wiedereinführung der Pädagogischen Hochschule in Aachen: wir Freien Demokraten haben daher im Oktober in Stadt und Städteregion gleichlautende Anträge gestellt, möglichst bald wieder Lehrerinnen und Lehrer für die Grundschule und die Sekundarstufe I sowie für Sonderpädagogik auszubilden.

In der Stadtentwicklung wabert seit mittlerweile einem Jahrzehnt der Mehltau über der Stadt: die Planungen in ausgewiesenen neuen Wohngebiete unterschiedlicher Art wie am Richtericher Dell oder in den Luisenhöfen kommen seit Jahren nicht voran oder aber werden gar schon im neuen Flächennutzungsplan verworfen wie am Eselsweg in der Beverau. Die schwarz-rote Gestaltungsmehrheit gibt der Verwaltung nicht genügend Fahrtwind auf und die Grünen und Linken bremsen die Planungen der Vorhabenträger trotz immer neuer Modifizierungen und Umgestaltungen immer wieder aus, wenn ihnen ein Vorhaben wie in den gerade angesprochenen Luisenhöfen nicht passt.

Hoffnung gibt es allenfalls, dass nach der Kommunalwahl in der Realisierung der Großprojekte mit einer neuen Mehrheit wieder Tempo aufgenommen wird. Die neuen Grundkonzepte der neuen städtischen Oberbaurätin, Frau Burgdorff geben neue Impulse, beispielsweise im Altstadtquartier Büchel: „Wissen, Wohnen und Wiese“ werden aber im Nikolausviertel nur dann realisiert werden können, wenn die Politik endlich den Mut aufbringt über eine Auslagerung der Bordellbetriebe aus der Innenstadt an den Stadtrand oder in die Gewerbegebiete nachzudenken: da genau gehört nach Ansicht der FDP auch das sogenannte „älteste Gewerbe der Welt“ nämlich hin.

Größter Streitpunkt in Aachen und das Hauptthema im anstehenden Kommunalwahlkampf ist jedoch die Verkehrspolitik. Im Wege der Ausrufung des Klimanotstands, der Auswirkungen des noch nicht rechtskräftigen oberverwaltungsgerichtlichen Urteils zum Luftreinhalteplan und nicht zuletzt nach dem

gegen die Stimmen der FDP beschlossenen Radentscheid kann in Aachen von einer ausgewogenen Verkehrspolitik, die den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer gerecht wird, nicht mehr die Rede sein.

Welche Blüten das treibt, hat zuletzt die Abschaffung mehrerer Autoparkplätze in der Hartmannstraße gezeigt. Obwohl auch auf der anderen Straßenseite viel Platz für mehr Fahrradständer gewesen wäre, hat die Verwaltung ohne Rücksprache mit der Politik, Anwohnern und Einzelhändlern Fahrradbügel auf bisherigen Pkw-Stellplätzen installiert. Die ansässigen Geschäftsleute reden von „unnötiger Schikane“, „kundenunfreundlichen Entscheidungen“ und „autofeindlichen Alleingängen der Stadtverwaltung“ und wehren sich dagegen, Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen und vor allem den Konflikt zwischen Radfahrern und Autofahrern weiter zu schüren.

Die Stadtverwaltung beruft sich dabei auf den Radentscheid, der unter anderem 5000 Radabstellplätze an neuen Bügeln innerhalb des Alleenrings vorsieht und wofür meistens die Autos verbannt werden sollen.

Um derartigen Schildbürgerstreichen vorzubeugen, hatte die FDP-Fraktion dem Radentscheid in Gänze mit seinen sieben Forderungen nicht zugestimmt und zwar mit dem Argument, dass sich die Politik immer eine Einzelfallentscheidung an Ort und Stelle vorbehalten müsse. Da die Mehrheit in diesem Rat diesem Vorbehalt nicht zugestimmt hat, wird die Umgestaltung der Hartmannstrasse lediglich der Anfang von einer Vielzahl von ähnlichen Maßnahmen an anderer Stelle sein.

Auch der Einführung eines generellen Tempolimits von 30 km/h innerhalb des Alleenrings hat die FDP nicht zugestimmt. Die Umsetzung dieses Beschlusses führt ebenso wie der Wegfall von Fahrspuren für den Autoverkehr, etwa auf dem Adalbertsteinweg oder der Ludwigsallee, nur zu noch mehr Staus und noch mehr CO₂-Belastung in der Stadt. Die meisten Abgase verursacht nämlich immer der stehende und nicht der fließende Verkehr !

Auch für den Schutz der Radfahrer setzen wir eher auf eine digitale Verkehrslenkung und Warnsysteme als auf eine generelle Pflicht zum Schritttempo beim Abbiegen oder ein generelles Tempo-30-Limit.

Am 13. September aber haben wieder die Wählerinnen und Wähler das Wort und bei dieser Kommunalwahl mit einem Kreuzchen an der richtigen Stelle die Möglichkeit, dieser verfehlten Politik in Aachen eine Absage zu erteilen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit !

Haushaltsrede von Ratsherrn Marc Teuku, PIRATEN-Fraktion, 22.01.2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns wie in jedem Jahr bei Ihnen Frau Grehling und ihrem Team für den diesjährigen Haushalt bedanken und die Arbeit, die dort reingesteckt wurde. Danke auch für die jährliche Unterstützung von Herrn Kind und Herrn Schoel, die uns ja schon traditionell besuchen und wir immer spannende Diskussionen bei uns führen.

Wir haben im Haushalt aktuell einen Überschuss von knapp 700.000 Euro. Das klingt erstmal schön. Nicht eingerechnet sind die Verluste vom Aachener Stadtbetrieb xy, vom Eurogress, vom Gebäudemanagement, vom Stadt Theater und vom Kulturbetrieb.

Eine der größten Investitionen in den kommenden Jahren ist das neue Kurhaus. Wir haben eben schon viel gehört warum das gut oder schlecht ist. Das größte Pro Argument für das neue Kurhaus ist: "Wir wollen das Kongreßwesen stärken, da wird die Stadt von profitieren." Wir haben uns mal die Mühe gemacht uns so einen Kongreß anzugucken, um dann zu schauen wie die Stadt dann genau profitiert. Dazu haben wir uns mal das Rahmenprogramm vom Aachener Kolloquium für Fahrzeug und Motorentechnik 2019 rausgesucht, das wie folgt aussieht.

Tag 1: Treffen 08:30 am Eurogress -> Abfahrt zum amerikanischen Friedhof St Margraten -> Weiterfahrt nach Maastricht mit Mittagessen und Stadtführung-> Weiterfahrt nach Valkenburg -> Kaffeepause -Rückfahrt nach Aachen

Tag 2: Treffen 09:30 am Eurogress -> Besuch des Ateliers Schaffrathhaus in Alsdorf mit Kaffeepause -> 12:00 Rückfahrt nach Aachen Mittagessen im Restaurant goldenes Einhorn -> Danach Einkaufsbummel und Abreise.

Vielleicht könnten wir Maastricht, Valkenburg, Alsdorf und das goldene Einhorn irgendwie an den Kosten beteiligen. Worüber bei dem Thema neues Kurhaus viel zu wenig gesprochen wird sind die (jährlichen!) Unterhaltskosten 2,5 Mio, die wir uns gönnen. Die Hälfte fließt dabei aus dem städtischen Haushalt, die andere Hälfte geht auf den Deckel vom Eurogress. Defacto ist das Projekt neues Kurhaus nichts anderes als ein Konjunkturprogramm für Hotelketten, die ihre Gewerbesteuer eh nicht in Aachen zahlen.

Dabei hätten wir durchaus auch sinnvolle Verwendung für das Geld. Wir schaffen es auch im nächsten Jahr wieder nicht die ASEAG mit den nötigen Mitteln auszustatten, um hier einen einladenden ÖPNV anbieten zu können. Wir geben offenbar lieber 50 ME für einen Prunkbau für einige wenige aus, als endlich massiv in bezahlbaren Wohnraum zu investieren. Und trotz der einhelligen Meinung, dass wir grundlegend und sofort etwas gegen den Klimanotstand unternehmen müssen, war es ihrer handlungsunfähigen Koalition nicht möglich auch nur in einem Ausschuss Mittel für Sofortmaßnahmen gegen diese Katastrophe zu bewilligen.

Verkehr:

Zum Thema Handlungsunfähigkeit fällt wohl jedem, der/die sich in der Stadt bewegt, der Verkehr ein. Ich kann alle verstehen, die sich über fehlende und wegfallende Parkplätze beschweren. Wobei hier natürlich die Lösung nicht darin bestehen kann, wie Sie um jeden einzelnen Parkplatz große Showkämpfe zu veranstalten, sondern das zu tun, was sie seit Jahren blockiert haben: ein entschiedenes Umsetzen der Verkehrswende. Aber solange sie den Leuten so ein Stückwerk als Radwege anbieten, solange sie nicht bereit sind Geld für den ÖPNV in die Hand zu nehmen, solange Verkehr von ihnen offenbar immer noch im Grunde als PKW-Verkehr gedacht und geplant wird, fehlen den Leuten schlicht die Ausweichmöglichkeiten. Für sie ist ÖPNV scheinbar nur eine Tram, die vielleicht in 5 oder 10 Jahren kommt, oder haben sie seit der Campus Bahn irgendeinen relevanten Vorschlag zu diesem Thema gemacht? Für sie ist Radverkehr ein Zwang, dem man sich leider unterwerfen musste, weil man Angst hatte in einem Wahljahr noch ein Bürgerbegehren zu einem Verkehrsthema abstimmen zu lassen. Aber damit die Sache auszusitzen, kommt heute leider keiner in dieser Stadt ans Ziel.

Wohnraum:

Wer sich mal selber in den letzten Jahren auf dem Wohnungsmarkt

umgesehen hat, hat unweigerlich den aktuellen Mangel an bezahlbaren Wohnraum gemerkt. Letzte Woche wurde zum wiederholten Mal der Antrag der Grünen abgelehnt ein städtisches Wohnungsbauprogramm zu starten. Wir machen uns seit Jahren einen schlanken Fuss und sagen die städtische Wohnungsbaugesellschaft möchte nicht wachsen und wir werden mit anderen Instrumenten auf den Markt einwirken. Diese Instrumente haben jedoch bisher keine große Wirkung gezeigt und wer sitzt eigentlich im Aufsichtsrat der GEWOGÉ? Die SPD musste in mehreren Anläufen dazu genötigt werden ihrem eigenen Wahlprogramm mal zuzustimmen. Die aktuelle SPD Vorsitzende Frau Esken hat es ganz treffend auf den Punkt gebracht: "Das Wohnen ist bei uns mehr und mehr zum Spekulationsobjekt geworden, dabei sollte es ein Menschenrecht sein. Wir haben die Versorgung mit bezahlbaren Wohnraum zu sehr dem Markt überlassen - heute wissen wir, dass das ein Fehler war." Vielleicht können sie die ja mal zur nächsten Fraktionsklausurtagung einladen.

Kommen wir zum Klimanotstand. Was haben wir da rumgeeiert ob wir den ausrufen und wie wir das nennen? Spüren sie auch den enormen Druck und die Veränderungen? Ich nämlich nicht. Man möchte denken, wenn es 5 vor 12 ist und man weiß die Konsequenzen bei Nichtstun sind wirklich apokalyptisch, dann reagiert man und wird aktiv. Doch das ist leider auf vielen Ebenen nicht der Fall. Dieses Jahr soll das Kohlekraftwerk in Datteln ans Netz gehen, die Bundesregierung unterstützt in Mecklenburg Vorpommern einen Konzern, der Schwerölkreuzfahrtschiffe baut und im Rahmen der Haushaltsberatungen wurden hier auch diverse sinnvolle Anträge durch die Groko einfach abgelehnt. Was wird das eigentlich mit dem Demokratieverständnis der ganzen Jugendlichen machen, die heute zu Millionen auf die Straße gehen und merken: absolut wirkungslos! Keinerlei Wirkung auf die Demokratie bzw. Klimapolitik.

Ich frage mich oft, warum ist das so, warum wird so entschieden, das ist doch nicht zukunftsorientiert? - Also so im Allgemeinen. Deshalb haben wir uns mal die Mühe gemacht zu schauen wie ist der Stadtrat den so strukturiert? Beziehungsweise wie ist die durchschnittliche Ratsfrau oder Ratsherr? Alter: das durchschnittliche Mitglied ist 54 Jahre alt, während der Durchschnitt in der Studentenstadt bei 41 liegt. - Geschlecht: zwei Drittel der Mitglieder sind Männer. Migrationshintergrund: 6% da habe ich mich übrigens auch miteingerechnet obwohl meine Oma aus Schlesien kommt und mein Opa aus Bildchen und immer beim Fernmeldeamt gearbeitet hat. Was ich damit sagen möchte: Wir sind viel zu alt, wir haben zu wenig Frauen und zu wenig Menschen, die verstehen was es bedeutet mit Migrationshintergrund zu leben. Man kann schlichtweg sagen: Wir sind alte weiße Männer, die hier entscheiden.

Wir hoffen, daß sich mit der nächsten Wahl etwas ändert. Nicht nur an den Mehrheitsverhältnissen sondern auch am Politikstil und der Glaubwürdigkeit. Vielleicht werden Flächennutzungspläne dann weniger danach gestaltet, wo der CDU Fraktionsvorsitzende seinen Wahlkreis hat. Und wenn nicht jede Entscheidung das Wohlwollen der CDU-Fraktion benötigt, werden auch Veränderungen in dieser Stadt weniger durch Traditionen, wie eine autofreundliche Innenstadt und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für verdiente aber abgewählte Parteischlachtrösser in unnötigen Gremien wie einer Metropolregion, aufgehalten. Wo wir grad bei überflüssigen Traditionen sind. Die SPD hat ja immer die Tradition für das richtige zu sein und das falsche zu machen. Sie haben das ja inzwischen professionalisiert und aufgeteilt zwischen Fraktion und dem OB Kandidat. Sodass Herr Dopatka die guten Ideen in der Zeitung verkünden kann, während sie hier weiter an ihrer inhaltlichen Bedeutungslosigkeit arbeiten. Wer soll ihnen denn noch glauben, sie stünden für irgendetwas? Immerhin werden so sie so keine Mehrheit mehr für diese Koalition bekommen. Da bleibt uns nur zu hoffen, dass diese Koalition der alten, weißen Männer ab September nicht von den Grünen am Leben gehalten wird.

Willkommen im Wahlkampfjahr! Vielen Dank!

-Marc Teuku-



Haushaltsrede, Christoph Allemand, UWG-Ratsherr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Menschen im Publikum.

Vorab möchte ich mich kurz halten mit unserer Einschätzung. Ich werde nach Rücksprache mit der UWG-Aachen den aktuellen Haushalt ablehnen.

Warum wir als UWG-Aachen das so einschätzen?

Nun, wir haben am 19. Juni letzten Jahres den Klimanotstand ausgerufen. Wir haben das alle getan aufgrund der im letzten Jahr beeindruckenden Ereignissen und Meldungen. Meldungen über mögliche und tatsächliche Naturkatastrophen, Ereignisse mit historischem Wert, wie die 2 Tage darauf angekündigte und monumentale FFF-Demo in unserer Stadt mit nahezu 40.000 Teilnehmer*innen.

Wir haben diesen Klimanotstand weitgehend alle mitgetragen, sicherlich aus unterschiedlichen Gründen, aber wir wollten uns allen aber auch der Bevölkerung ein sichtbares und wichtiges Zeichen setzen.

Leider war ich im Anschluss dieser Tage irritiert und auch enttäuscht, dass gerade die SPD im Nachgang versuchte, diesen historisch wichtigen Beschluss zu relativieren und zu schleifen. Von „EINER Wichtigen Aufgabe unter vielen wurde gesprochen und sofort begannen die Sozialdemokraten, Wohnen und Arbeit gegen Klimaschutz gegen und klein zu reden und zu rechnen.

Das dies nicht abgebrochen ist, diese Relativieren und Kleinreden zieht sich mittlerweile leider wie ein roter Faden in den darauffolgenden Beschlüssen der GroKo durch. Erneut

wurde die historische Chance leichtfertig vertan, mit der Energie und dem Aufbruch der zahlreichen jungen Menschen ein neues Aachen zu erschaffen, eine nötige und wichtige Transformation unserer Stadt mutig anzufangen.

Und wir alle wissen doch, dass eine Transformation ansteht. Es ist gar nicht mehr die Frage ob, sondern wie und wann, und selbst die Frage nach dem wann erübrigt sich angesichts der immer dramatischen Meldungen von Katastrophen und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Mich macht diese bräsige Form von „Wir sind ja schon auf einem guten Weg“ und „Klimaschutz ist ja nicht das einzige Thema“ tatsächlich richtig fertig.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz / Klimawandel ist nicht irgendein Thema, es ist DAS Thema unserer Zeit. Alles hängt daran unmittelbar.

Und diese Erkenntnis ist nicht fulminant neu.

Schon im Jahre 2016 fragten meine Kinder (zu Besuch im Hambacher Wald, damals 5 und 7 Jahre alt) was eine handschriftliche Botschaft auf einem kleinen Holzschild bedeutet: „There are no jobs on a dead planet“ „Es gibt keine Arbeit auf einem toten Planeten“. Diese Botschaft lasen wir damals in einem besetzten Waldstück, dass es schon längst nicht mehr gibt, dass irgendwann später dem großen Kohleloch anheimgefallen ist.

Warum erzähle ich diese Geschichte? Weil sie zeigt, wie rasant unsere Zeiten sich verändern und wie rasant (ob wir es wollen oder nicht) wir bereits schon längst Teil einer Veränderung sind, die wir in ihrer Richtung gar nicht mehr aufhalten können. Der provokante Spruch im Hambacher Wald hat die Lebenswirklichkeiten in Australien bereits jetzt schon eingeholt, in Teilen Ozeanien sowieso, in Brasilien und in Afrika auch. Indien sowieso.

Und die Anzeichen gehen noch viel deutlicher und weiter.

Ich bin kein Freund vom Weltwirtschaftsforum, aber dieses Jahr benennen die Experten des „Global Risk Reportes“ für das Jahr 2020 die fünf wichtigsten Risiken unserer Welt als Risiken aus Naturkatastrophen und dem Klimawandel. Ein einmaliger Vorgang. Das weltweite Insektensterben nimmt dramatische Züge an, mit direkten Folgeschäden für uns Alle, Das weltweite Artensterben überrascht Experten in seinem Tempo, Klimaschützer*innen prognostizieren Hungersnöte und sprechen von einer „sprunghaften Entwicklung,“ und von einer „völlig anderen Welt“. Die Mehrzahl der Klima-Wissenschaftler*innen sprechen bereits von einer „hot world“, mit unabsehbaren Folgeschäden unseres Planeten.

All das wissen, kennen und registrieren wir doch täglich ... und dennoch glaubt die hiesige GroKo, mit all dem wenig zu tun zu haben und gefällt sich in der Auffassung, „schon viel gemacht zu haben“.

Der hier vorliegende Haushalt ist KEIN „Klimanotstandshaushalt“, er ist nicht mal ein „Klimahaushalt“, er ist ein „Weiter-so Haushalt“.

Wissen Sie, jeder von uns hier und sonst wo in Aachen hat die Möglichkeit, auf diese dramatischen Entwicklungen persönlich zu reagieren, sein Konsumverhalten zu hinterfragen, seine Reisen verändern, sein Haus dämmen, Müll besser trennen, weniger Auto fahren all das. Das sind wichtige und gute Ansätze und nur durch diese Form von Graswurzelverhalten entstehen Bewegungen und Veränderungen.

Aber darüber hinaus möchte ich an jede und jeden Einzelnen hier im Rat appellieren, denn tatsächlich anders als die Menschen im normalen Alltag, haben wir hier im Rat darüber hinaus noch eine weitreichende Verantwortung und ja, auch ein weit größeren Gestaltungsrahmen und hoffentlich auch einen Gestaltungswillen. Es liegt an uns hier, mit unseren Möglichkeiten, diese nötige und wichtige und unvermeidliche Transformation unseres Gemeindewesens zügig, und wichtig und richtig umzusetzen.

Dabei gibt es Hilfe aus der Bevölkerung. Es ist nicht nur immer so, dass alle Veränderungen ablehnen und bitte glauben Sie nicht, dass die AfD und ihre rückwärtsgewandte Rhetorik die Haltung unserer Menschen in unserer Stadt widerspiegeln.

Nein, da draußen warten Tausende kluge und engagierte Menschen auf die richtigen Signale, um unsere Stadt zu transformieren und umzubauen hin zu einer ökologischen, CO2 neutralen, gerechten und fairen Stadt Aachen.

Vielleicht kennen einige von uns Frau Madeleine Gensch, eine gute Freundin von mir. Sie und andere von der Politikwissenschaft und vom Eine Weltforum überprüfen gerade wissenschaftlich die NGO's, Vereine und Gruppen, die sich in den letzten Jahren in unserer Stadt über das Thema Nachhaltigkeit, Transformation, Ökologie und Klimawandel gebildet haben. Sie hat gerade erst angefangen mit der Studie und kommt bereits jetzt auf über 200 Adressen von Vereinigungen, die alle in den Startlöchern warten. Sie selber haben außerdem bereits Kontakt zum „Runden Tisch Klimanotstand“ bekommen, den ich fünf Tage nach dem Notstand initiiert habe, nutzen sie bitte dieses geballte Knowhow an Erkenntnissen und ja auch Willen, mitzugestalten. Ich bin überzeugt, in Aachen wartet eine überwiegende Mehrheit der Menschen auf die richtigen Signale.

Und für diese Menschen, aber auch für Ihre Kinder und Enkel bitte ich die Damen und Herren der SPD und der CDU, gehen sie bitte in sich, lehnen sie diesen „Weiter so Haushalt ab“ und verhandelt sie neue Aspekte des Klimaschutzes und der Klimaanpassung und treten Sie so endlich und vollumfänglich ein in die Zeit eines notwendigen Umbaus unserer Stadt.

Ich möchte jetzt und in fünf Jahren und in zehn Jahren meinen Kindern mit gutem Gewissen sagen können: „Ich, wir alle hier, haben das uns Mögliche getan, als wir auf einmal alle Fakten auf dem Tisch liegen hatten“.

Dankeschön.